



öffentlich

Betreff:

Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum: 07.09.2021

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
22.09.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für die vollständige und langfristige Sicherung der PLuS-Projekte für die Zusammenarbeit von Jugendförderträgern mit Schulen geschaffen werden.

Dazu soll die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig ein Budget von jährlich 500.000 EUR für die Durchführung der PLuS-Projekte zur Verfügung stellen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss und dessen AG Jugendförderung bis zum 31.12.2021 Kriterien für die Auswahl der beantragten Projekte zu erarbeiten und die bestehende Förderrichtlinie weiterzuentwickeln.

Liane Enderlein und Uwe Rühling
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit dem PLoS-Programm werden in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zahlreiche bedarfsgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche in Kooperation von Jugendhilfeträgern und Schulen durchgeführt. Diese unterrichtsergänzenden Angebote sind wichtige Angebote für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt und werden von Schulen und Jugendförderträgern gleichermaßen wertgeschätzt. Die PLoS-Projekte haben die Persönlichkeitsförderung / Förderung sozialer Kompetenzen, die Demokratieerziehung sowie die Beteiligung von Schüler*innen und Eltern zum Ziel.

Das zur Verfügung stehende Budget von 350.00 EUR pro Jahr reicht allerdings für die gestiegenen Bedarfe nicht mehr aus. Durch die Eröffnung neuer Schulen und einen deutlichen Anstieg der Zahl der Schüler*innen konnten bereits in den vergangenen Schuljahren die tatsächlichen Bedarfe nicht mehr voll gedeckt werden. Für das Schuljahr 2021/22 wurden 87 Projekte im Umfang von 585.000 EUR beantragt.

Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Antrag eine Budgetanpassung der im Rahmen des Gesamtkonzeptes Schule und Jugendhilfe vereinbarten PLoS-Projekte erreichen und deren Finanzierung langfristig sicherstellen.

Für die Umsetzung dieser Angebote soll die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig ein Budget von 500.000 EUR zur Verfügung stellen. Die Verwaltung soll dazu gemeinsam mit der AG Jugendförderung bis zum 31.12.2021 Kriterien für Auswahl der beantragten Projekte erarbeiten und die bestehende Förderrichtlinie weiterentwickeln.

Schulen und Träger benötigen für tragfähige Kooperationsbeziehungen eine ausreichende Vorbereitungszeit und Planungssicherheit.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

21/SVV/0963

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Betreff: Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Erstellungsdatum 09.11.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.12.2021	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für die Sicherung der PLuS-Projekte für die Zusammenarbeit von Jugendförderträgern mit Schulen geschaffen werden.

Dazu soll die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig ein Budget bereitstellen, das den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen, den gestiegenen Schüler:innenzahlen sowie dem Ausbau von Schulstandorten entspricht.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 31.12.2022 eine Evaluation der durchgeführten Projekte durchzuführen, unter Beteiligung der AG Jugendförderung Kriterien für die Auswahl der beantragten Projekte zu erarbeiten sowie die bestehende Förderrichtlinie weiterzuentwickeln.

Begründung:

Mit dem PLuS-Programm werden in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zahlreiche bedarfsgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche in Kooperation von Jugendhilfeträgern und Schulen durchgeführt. Diese unterrichtsergänzenden Angebote sind wichtige Angebote für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt und werden von Schulen und Jugendförderträgern gleichermaßen wertgeschätzt. Die PLuS-Projekte haben die Persönlichkeitsförderung/Förderung sozialer Kompetenzen, die Demokratieerziehung sowie die Beteiligung von Schüler*innen und Eltern zum Ziel.

Das zur Verfügung stehende Budget von 350.00 EUR pro Jahr reicht allerdings für die gestiegenen Bedarfe nicht mehr aus. Durch die Eröffnung neuer Schulen und einen deutlichen Anstieg der Zahl der Schüler*innen konnten bereits in den vergangenen Schuljahren die tatsächlichen Bedarfe nicht mehr voll gedeckt werden. Für das Schuljahr 2021/22 wurden 87 Projekte im Umfang von 585.000 EUR beantragt.

Schulen und Träger benötigen für tragfähige Kooperationsbeziehungen eine ausreichende Vorbereitungszeit und Planungssicherheit.

Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Antrag eine Budgetanpassung der im Rahmen des Gesamtkonzeptes Schule und Jugendhilfe vereinbarten PLS-Projekte erreichen und deren Finanzierung langfristig sicherstellen.

Für die Umsetzung dieser Angebote soll die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig ein bedarfsgerechtes Budget zur Verfügung stellen und unter Beteiligung der AG Jugendförderung bis zum 31.12.2022 Kriterien für Auswahl der beantragten Projekte erarbeiten und die bestehende Förderrichtlinie weiterentwickeln.

Liane Enderlein und Uwe Rühling
Fraktionsvorsitzende



Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Betreff: Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Erstellungsdatum 15.02.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.02.2022	Jugendhilfeausschuss	x	
02.03.2022	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes 2023 sicherzustellen, dass die unterrichtsergänzenden PLuS-Projekte für die Zusammenarbeit von Jugendförderträgern mit Schulen bedarfsgerecht finanziert werden.

Dazu soll die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig ein erhöhtes Budget bereitstellen, das den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen, den gestiegenen Schüler:innenzahlen sowie dem Neu- und Ausbau von Schulstandorten entspricht.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 31.10.2022 eine Evaluation der durchgeführten Projekte durchzuführen, unter Beteiligung der AG Jugendförderung Kriterien für die Auswahl der beantragten Projekte zu erarbeiten sowie die bestehende Förderrichtlinie weiterzuentwickeln.

Der Jugendhilfeausschuss und die Stadtverordnetenversammlung sind spätestens im November 2022 über den Sachstand zu unterrichten.

Begründung:

Mit dem PLuS-Programm werden in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zahlreiche Angebote für Kinder und Jugendliche in Kooperation von Jugendhilfeträgern und Schulen durchgeführt. Diese unterrichtsergänzenden Angebote sind wichtige Angebote für die Kinder und Jugendliche in der Stadt und werden von Schulen und Jugendförderträgern gleichermaßen wertgeschätzt. Die PLuS-Projekte haben die Persönlichkeitsförderung/Förderung sozialer Kompetenzen, die Demokratieerziehung sowie die Beteiligung von Schüler*innen und Eltern zum Ziel.

Das derzeit Verfügung stehende Budget von 350.00 EUR pro Jahr reicht allerdings für die gestiegenen Bedarfe nicht mehr aus. Durch den Neu- und Ausbau von Schulstandorten und einen deutlichen Anstieg der Zahl der Schüler*innen konnten bereits in den vergangenen Schuljahren die tatsächlichen

Bedarfe nicht mehr gedeckt werden. Für das Schuljahr 2021/22 wurden 87 Projekte im Umfang von 585.000 EUR beantragt.

Für die aktuelle Förderperiode 2022/23 (Antragsschluss 28.2.2022) erfolgte keine Budgetanpassung an die gestiegenen Bedarfe. Statt Pandemiefolgen für Kinder- und Jugendliche in den Schulen mit den Trägern der Jugendförderung gemeinsam zu bearbeiten, dürfen Schulen unabhängig von ihrer Schüler:innenzahl und zusätzlichen Belastungsfaktoren im kommenden Schuljahr 2022/23 nur noch ein PLuS-Projekt pro Schuljahr durchführen. Das wird dem tatsächlichen Bedarf in den Schulen in keiner Weise gerecht und widerspricht der bestehenden Richtlinie des FB 23.

Schulen und Träger benötigen für tragfähige Kooperationsbeziehungen eine ausreichende Vorbereitungszeit und Planungssicherheit. Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Antrag eine Budgetanpassung der im Rahmen des Gesamtkonzeptes Schule und Jugendhilfe vereinbarten PLuS-Projekte erreichen und deren Finanzierung langfristig sicherstellen. Für die Umsetzung dieser Angebote soll die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig ein bedarfsgerechtes Budget zur Verfügung stellen und unter Beteiligung der AG Jugendförderung bis zum 31.10.2022 Kriterien für Auswahl der beantragten Projekte erarbeiten und die bestehende Förderrichtlinie weiterentwickeln.

Liane Enderlein und Uwe Rühling
Fraktionsvorsitzende